

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

140 (20.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M. mit Zustellgebühren; durch die Post bezogen 25 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abolagen abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 8.40 M., auswärts 4.— M. Die Doppelseite 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Kampf um den Brotpreis

Reichstagsneuwahlen im August?

Der Kampf um die Getreideumlage, der am gestrigen Montag im Reichstag mit der ersten Lesung der Regierungsvorlage begonnen hat, wird kurz sein. Spätestens in zehn Tagen wird man wissen, woran man ist und darnach seine Entschlüsse treffen können.

In diesem Augenblick ist festzustellen, daß die Regierungsvorlage, die auch für das kommende Wirtschaftsjahr eine Getreideumlage von 2 1/2 Millionen Tonnen vorsieht, ernstlich gefährdet ist. Die Reichsparteien, einschließlich der Bayerischen Volkspartei, sind geschlossen oder fast geschlossen gegen sie. Teile des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie, deren Größe einfließen noch unbestimmbar ist, stehen unter der Fuchtel des agrarischen Terrors und wollen gleichfalls gegen die Vorlage stimmen. Zu ihnen gesellen sich einige Fanatiker der sogenannten freien Wirtschaft, die bereit sind, auf ihren Prinzipien die deutsche Volkswirtschaft zu Tode zu reiten. Was die Unabhängigen und die Kommunisten machen werden, weiß man nicht. Es ist möglich, daß sie die Vorlage als nicht weitgehend genug ablehnen werden, und das hätte dann eine ganz andere Wirkung als im Vorjahr, wo die Sozialdemokratische Partei die gleiche Haltung einnahm. Denn jetzt ist die Rechte entschlossen, sich für das Getreide den Weltmarktpreis zu erkämpfen und die Ablehnung der Vorlage durch die äußerste Linke würde keine andere Wirkung haben als die, die Agrarier an das ersehnte Ziel zu bringen. Trotzdem bleibt ihre Haltung ganz ungewiß.

Fällt die Getreideumlage oder wird sie so vermindert, daß sie ihre Wirkung verliert, dann steigt der Brotpreis in kurzer Zeit auf 40 bis 45 M. Er wird das Zweieinhalbfache bis Dreifache des gegenwärtigen Preises für Marktbrot betragen. Wöhne und Gehälter werden notwendigerweise diesen nachträglichen Sprung nach oben wenigstens zum Teil mitmachen müssen. Das ergibt dann die Notwendigkeit, neue papierene Zahlungsmittel zu schaffen, die Inflation zu vermindern, die Schraube ohne Ende weiter zu drehen. Eine wirtschaftliche Katastrophe wäre dann so gut wie gewiß, eine politische wenigstens nicht unwahrscheinlich.

Für eine solche Entwicklung der Dinge kann die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung nicht übernehmen. Fällt die Getreideumlage, so muß die Sozialdemokratie von der Regierung verlangen, daß sie sofort an das Volk appelliert. Einer Regierung, die diese Forderung nicht erfüllt, müßte sie den Rücken kehren, um als bald den allerschärfsten Kampf gegen sie zu eröffnen. In allen politischen Kreisen ist man daher überzeugt davon, daß die Ablehnung der Getreideumlage die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen bedeuten würde, die spätestens Ende August vorzunehmen wären.

Die Aussicht auf Neuwahlen ist für keine Partei, rechts oder links von der Sozialdemokratie, lockend. Sie würden alle von vornherein mit gebrochener Front in den Kampf einrücken. Wie will das Zentrum, wie will die bürgerliche Demokratie einen solchen Kampf führen, wenn ein Teil der eigenen Partei gegen den andern steht? Aber auch die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei würden in des Teufels Küche geraten. Ihre städtischen Wähler würde es wie Schuppen von den Augen fallen, wenn die Deutschnationalen und die Volksparteier in einem Reichstagswahlkampf für eine geradezu wahnsinnige Verleumdung des Brotes kämpfen würden. Die Sozialdemokraten aber gegen sie. Bei den letzten Wahlen haben Millionen kleiner Leute in den Städten, denen es zum Teil noch schlechter geht als den Industriearbeitern, für die Reichsparteien gestimmt, weil sie sich von der nationalität-monarchistischen Phrase bezaubern ließen. Diejenige Partei würde der schönste Schaden folgen, wenn nun aus allen Wahlenbüchsen der materielle Kern zum Vorschein käme: Brotpreis 40—45 M. Daß in einem solchen Falle den Reichsparteien ihre städtischen Wähler in hellen Haufen davonlaufen würden, ist unbedingt gewiß.

Auch links von der Sozialdemokratie kann man die Nachricht von der Möglichkeit bevorstehender Wahlen nur mit Schrecken vernehmen. Die Organisation der U.S.V. ist zerrütet. Ihre Finanzen sind in einem verwerflichen Zustand. Die Partei ist durch innere Gegensätze zerrissen. Seide zu spinnen hätte sie bei Neuwahlen nicht. Und das Gleiche trifft selbstverständlich für die Kommunisten zu, die nur sich selber wichtig sind. Im übrigen ist es ziemlich gleichgültig, ob von diesen Schwärmern ein paar mehr oder weniger im Reichstag sitzen.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß unsere Partei die einzige ist, die keine Angst vor Neuwahlen hat und keine zu haben braucht. In der Stärke und in den Aussichten der Sozialdemokratie für den Fall eines Wahlkampfes liegt eine gewisse Gewähr dafür, daß doch noch eine Verständigung gefunden werden und daß die Getreideumlage in einer auch für uns annehmbaren Form und mit unsern Stimmen zur Annahme gelangen wird. Eine Sicherheit dafür besteht aber keineswegs. Der

Reichslandbund entfaltet eine fieberhafte Agitation gegen die Getreideumlage, und der Grad ihrer Wirkung auf die bürgerlichen Koalitionsparteien läßt sich, wie gesagt, noch nicht übersehen. Es muß also, so lange die Dinge im Reichstag nicht geklärt sind, die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung aufs ernste ins Auge gefaßt werden. Je deutlicher die bürgerlichen Parteien und die Unabhängigen erkennen, daß die Sozialdemokratie nicht mit sich spaßen läßt und entschlossen ist, für den Fall einer Ablehnung der Getreideumlage Neuwahlen zu erzwängen, desto mehr werden sich die Aussichten für eine glatte und einigermaßen zufriedenstellende Lösung im Reichstag bessern. Wir müssen aber zeigen, daß wir nicht nur drohen, sondern auch erforderlichenfalls bereit sind, unsere Drohungen in die Tat umzusetzen. Solange die Getreideumlage nicht angenommen ist, gilt für unsere Partei die Parole höchster Alarmbereitschaft.

Sitzungsbericht

Berlin, 19. Juni.

Beginn nachmittags 3 Uhr. Der Antrag aller Parteien auf Sicherstellung des aus Anlaß der Besetzung Schwedens und der Abstimmung aus öffentlichen Mitteln angeforderten Materials, wie Wirtseinstellungen, Kraftwagen usw. wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Getreideumlage. Abg. Krähig (Soz.): Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen keine Getreideumlage. Sie wollen Aufrechterhaltung des vom Landbund geleiteten privaten Getreidemonopols für die Profitinteressen der Agrarier. Für den Reichstag kann es keinen Zweck geben, daß er sich demgegenüber auf die Seite des darbenenden Volkes zu stellen hat. Würde es nach dem Landbund gehen, dann würde das Brot zum Weltmarktpreis von 50 M. verkauft werden, so daß die Arbeiter mit großer Familie buchstäblich hungern müßten. Zudem kann der Landbund keine Gewähr für ausreichende Vorratserhaltung geben, denn er hat keine Mittel dazu in der Hand. Wir sind bereit, über die von der Vorlage freigegebenen 5 Hektar hinaus 50 Hektar mit weniger als 10 Hektar von der Vorlage freizulassen. Das Volk wird sich eine weitere Brotverknüpfung nicht gefallen lassen. Kommt zu der drohenden Arbeitslosigkeit noch die Hungersnot, dann haben wir den Zusammenbruch; aber vor dem Zerbrechen kommt der Bürgerkrieg. Neben dem Antrag Festsetzung der Umlage von statt 2 1/2 Millionen auf 4 Millionen Tonnen.

Abg. Dr. Köhler (D.N.): Die Kriegserfahrungen haben gezeigt, daß man mit der Juagwirtschaft niemals die Produktion steigern kann. Welche Kreise des Volkes können schon heute tatsächlich das Brot nicht mehr bezahlen. Ihnen muß geholfen werden, aber nicht dadurch, daß man die Landwirtschaft bluten läßt. Mit der Umlage wird das Brot nicht verbilligt. Die Regierung muß andere Mittel aufwenden, um der mangelnden Lebensbedürfnisse des Brot zu sichern. Unter dem Zwang der Umlage kann der Landwirt nicht die Mittel zur Produktionssteigerung aufwenden, die er bisher aufgewandt hat. Die Regierung muß selber zu, daß die bisherige Verteilungsart ungerecht war; aber auch die jetzige Vorlage bringt keine gerechte Verteilung. Die Umlage ist somit eine verschleierte Steuer, die die Regierung der Landwirtschaft auferlegt, weil sie nicht den Mut hat, der Entente zu sagen, daß die Bevölkerung hungern muß, wenn die Regierung nicht aus Reichsmitteln das Brot verbilligen darf. Zudem ist die Vorlage praktisch nicht durchführbar und wird niemals die errechnete Getreidemenge aufbringen können. Unserem Vorschlag, mit dem Handel zusammen eine Getreidereserve von 2 Millionen Tonnen für die mangelnde Produktion zur Verfügung zu stellen, hat die Regierung beabsichtigt, diese nicht zuzustimmen. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung derjenigen, die die deutsche Wirtschaft so unerbötlich gefährdet haben.

Abg. Horn (U.S.V.) verlangt von der Regierung Schutz gegen den Brotmangel, der seit Aufhebung der Juagwirtschaft immer wieder eintritt. Die Richtlinien des Landbundes, in denen zur Erhaltung der Umlage aufgeführt wird, seien die offene Kriegserklärung prozentiger Agrarier gegen Volk und Regierung. Der Redner stimmte schließlich der Vorlage zu, die das Wiedereinstellen der Forderung enthalte. Nach 8 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag nachmittags 2 Uhr verlegt.

Besprechungen der Fraktionen

Die die Blätter mitteilen, haben außer den Sozialdemokraten sämtliche Reichstagsfraktionen gestern abend Sitzungen abgehalten, in denen sie sich mit der von ihnen im Reichstagsauschuß einzunehmenden Haltung zur Getreideumlage beschäftigten. Die Besprechungen innerhalb der einzelnen Fraktionen sollen heute fortgesetzt werden. Darauf werden die Fraktionen untereinander in Prüfung treten.

Laut „Berliner Tageblatt“ verfuhr man im Zentrum auf einen Kompromiß mit den Sozialdemokraten hinzuwirken. Auch die „Börsen Zeitung“ schreibt, im Reichstagsauschuß die Meinung vor, daß eine Verständigung in der Umlagefrage erzielt werde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ glauben, daß sich eine wenn auch geringe Mehrheit für den Gesetzesentwurf finden werde.

Reichsregierung und Garantiekommission

Wie berichtet wird, beschäftigte sich die Reichsregierung gestern nachmittags in einer Kabinettsitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantiefomitee einzuschlagenden Marschroute. Mehrere Blätter schreiben, daß die Regierung entscheidendes Gewicht darauf lege, daß bei der Kontrolle des Haushalts durch das Garantiefomitee die Souveränität des Reiches unangefast bleibe, und daß auch das Steuergesetz gewahrt werde. Das letztere entspreche einem internationalen Grundsatz, an den sich gerade Frankreich immer gehalten habe. Bei der Kompliziertheit unseres Verwaltungsapparates würde allein schon aus technischen Gründen ein Eingriff sehr störend wirken und den ganzen Betrieb in Verwirrung bringen. Was die Kapitalflucht anbelangt, so habe die Regierung immer betont, daß durch deutsches Gesez allein diese Frage nicht gelöst werden könne, sondern nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben werde. Bezüglich der Statistik habe Deutschland das größte Interesse an Zuverlässigkeit, die die deutsche Statistik immer gehabt habe. Eine Einigung hierüber mit dem Garantiefomitee werde also voraussichtlich nicht allzu schwer sein.

Das Garantiefomitee wird den Blättern zufolge heute beim Reichskanzler, beim Reichsminister des Innern und beim Reichsfinanzminister Höflichkeitlich Besuche abstatten. Die eigentlichen Besprechungen der Reichsregierung mit dem Garantiefomitee dürften am Mittwoch beginnen.

Lloyd George u. Poincaré in London

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juni wieder nach London zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erstatten. In der Zwischenzeit sind Vorkehrungen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

London, 19. Juni. Das Reichsamt der auswärtigen Angelegenheiten hat den Bericht über die am 18. Juni in London abgehaltene Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré veröffentlicht. Die britische Absicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeiten Deutschlands anzuhäufeln, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß eine jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt der Reparationskommission darin bestehen solle, den wirklichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgend etwas tun könnte, um durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern, oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt sowie seine Währung wieder herzustellen.

Eröffnung des 11. deutschen Gewerkschaftskongresses

Leipzig, 18. Juni. Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress wurde heute vormittags durch den 1. Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipzig, eröffnet. Die Reichsregierung war durch den Reichswirtschaftsminister Schmidt und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vertreten. Anwesend waren ferner der preussische Handelsminister sowie viele ausländische Vertreter, darunter aus der Schweiz vom Internationalen Arbeitsamt in Genf. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hob die große Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben hervor. Der Minister erhofft von der Gewerkschaftsbewegung eine glückliche Mitarbeit an der Lösung der gegenwärtigen kritischen Fragen zum Nutzen der Volksgesamtheit. Die gewerkschaftliche Schulung der Massen neugewonnener Mitglieder bezeichnete der Minister bei der letzten erhöhten Bedeutung der Gewerkschaften als die wichtigste Aufgabe. Er verwarf die prinzipiellen Kämpfe um Koalitionsrecht und Tarif und forderte zur Überwindung der neuen gelben Bewegung unter der Arbeiterschaft auf. Den Organisationsgang mit ungeheuren Mitteln lehnt der Minister ab.

Vorbereitungen für die Haager Konferenz

Brüssel, 19. Juni. In der heutigen Nachmittagsitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte Benoist namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen handle, und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gebe. Der französische Delegierte Alphonse unterstützte diese Erklärung und sagte, die Beschlüsse der allgemeinen Kommission könnten weder früher noch zukünftige Entscheidungen der Regierungen beeinträchtigen. Der belgische Delegierte Gatter war mit dieser Erklärung einverstanden. Lloyd George teilte weiter mit, jedes Land werde in der allgemeinen Kommission durch zwei Regierere vertreten sein.

Die Not unserer Volkserziehung

Professor Rudolf Wilhelm, Karlsruhe
IV b.

In England scheint die Erziehung zur Wahrhaftigkeit so ziemlich im Mittelpunkt aller erzieherischen Praxis zu stehen. Aus der Wahrheitsliebe lassen sich wirklich auch die meisten guten Eigenschaften ohne Zwang ableiten. Es könnte jemand einwenden: Bei uns wird der Jugend doch auch die Wahrhaftigkeit gepredigt! Gewiß — gepredigt! Aber sie wird nicht mit der nötigen Intensität den jungen Leuten eingeschärft, nicht in allen Falten des Herzens verfolgt, bis sie zum Erfolg geworden ist, wie in England. Dort wird Lüge und Schwindelwesen mit eifernem Wesen aus den Herzen der Jungen getracht. Man hat dafür eigene und sehr wirksame Methoden. Bei uns genügt Lüge und Schwindelwesen an den Schulen eine gewisse nachlässige Duldung, und Erwachsene kann man sich noch damit drücken hören, daß sie sich durch die ganze Schule hindurch gemogelt hätten. Das sind die Leute, die sich nachher auch durchs Leben mogeln. Jedenfalls kann man von dem schulenlosigen Durchschnittsengländer sagen, daß er ein aufrichtiger, ehelicher, wohlhabender, gerader Kerl ist. Diese Jugend äußert sich beim Erwachsen, beim Kaufmann, Industriellen, Beamten in jener absoluten Zuverlässigkeit, Solidität, Werthlichkeit, die den englischen Namen auf der ganzen Welt zu Ehren gebracht haben. Der Engländer wird überall geschätzt und respektvoll behandelt, weil man seine feilsche Gediegenheit kennt. Andere Völker haben ihren Ruf und die Mächtigkeits durch Heintüde, Unschicklichkeit, Gaunerei, Unreellität. In England genügt ein Handschlag als Bestätigung eines geschäftlichen Abschlusses, wo man bei anderen Völkern alles schriftlich machen muß aus Furcht, hinterher über's Ohr gehauen zu werden. Das ist die Folge des strammen, unerbittlichen, die Unwahrheit wie die Pest hassenden englischen Erziehungssystems. Wäre es für uns eine Schande, wenn wir das Gute des englischen Schulwesens — nur das Gute! — nachahmten?

Der Heidelberger Anglist Professor Dr. Soop, einer der genauesten Kenner Englands, der in seiner Rektoratsrede von 1920 deutlich ausdrückt, daß an den englischen Schulen die Aneignung von Wissensstoff erst in zweiter Linie steht, nennt dort als hervorragende Tugenden des Engländers seinen Respekt vor der Freiheit seiner Mitmenschen, seine Selbstbeherrschung, seine Sehnsucht, ein wahrer Gentleman zu werden, der in fittlicher Hinsicht einwandfrei sein muß. Und wörtlich sagt er: „Garonische Ausbildung von Körper und Geist, Gleichwertigkeit ethischer und intellektueller Kräfte, sind vornehmste Richtlinien englischen Lebens.“

Wer wollte leugnen, daß bei uns die intellektuellen Kräfte an den Schulen höher gewertet werden als die ethischen? Kann man leugnen, daß in letzter Linie diese Einstellung auf Bildungsmaterialismus die soziale Ebene ist, auf der wir ins Elend abgerutscht sind? Ein anderer guter Kenner des britischen Wesens, Dr. Karl Peters, spricht sich über das englische Schulwesen so aus: „Nicht darauf kommt es Eltern und Lehrern an, die Zöglinge mit allerhand Wissen vollzupropfen, sondern vielmehr, sie mit der Denkwelt und den Lebensformen der guten Gesellschaft vertraut zu machen und ihren Charakter mit den Gesinnungen ehrenhafter Anschauungen zu erfüllen.“ Und den Begriff des Gentleman-Ideals deutet er als „ehrenhafte Gesinnung und jene Achtung des Rechts anderer Persönlichkeiten, welche man in der englischen Welt mit „fairness“ bezeichnet, was wir mit Billigkeitgefühl übersetzen können.“ Der Begriff des heutigen englischen Volkserziehungsideals deutet sich mit der Kalofagathie der griechischen Klassik. Kardinal Newman sagt zur Ergänzung vom Gentleman noch dieses: „Ein Gentleman ist ein Mensch, der niemals einem andern Schmerz verursacht. Der wahre Gentleman vermeidet alles, was seiner Umgebung mißlieblich sein oder auch nur einen Mißton hervorbringen könnte.“

Versteht man nun, warum das innere Leben Englands sich so geruht abwickelt, warum die Leute verhältnismäßig friedlich mit einander auskommen trotz großer Gegensätze aller Art? Warum das Land nach außen solche Geschlossenheit und Kraft entfaltet? Wieder ist es ein englisches Sprichwort, das die beherzten Werte Lehre ausdrückt: Ein jeder Verstandlichkeit ist mehr wert als eine Quadranteile Jwisil! Wäre es ein Schaden für das künftige Gedeihen des Zusammenlebens in Deutschland, wenn es mit ein paar Tropfen dieser englischen Umgangslosigkeit geädert würde?

Die Islandfischer

Von Pierre Loti

(Fortsetzung)

Endlich gingen sie hinein, um sich an den Kamin zu setzen, die alte Phomme war aber bereits eingeschlafen und hörte ihr gärtliches Flüstern gar nicht. Sie mühten sich gar viel, um die verlorenen zwei Jahre einzufangen und die Stunden ihres kurzen Brautlandes auszulassen!

Man war darin übereingekommen, daß sie bei der Großmutter wohnen sollten, die ihnen die Hütte testamentarisch vermacht hatte; für den Augenblick wurden keine Verbesserungen daran vorgenommen, dazu reichte die Zeit nicht; das sollte erst geschehen, wenn Pann von Island zurückkäme, dann wollten sie sich das arme verlassene Nest hübsch ausbauen!

Eines Abends belustigte sich Pann damit, ihr hundert kleine Dinge zu erzählen, die sie gesamt oder die ihr geschehen waren seit er sie kannte; sogar die Zeit, die sie verbrachte, wußte er zu nennen, und welches Kleid sie da oder dort getragen hatte. Gaud hörte ihm verwundert zu. Wer hätte gedacht, daß er auf so etwas achten und es sich merken würde?

Pann tat geheimnisvoll und erzählte ihr noch mehr, selbst Dinge, die sie fast vergessen. Ohne ihn mit einer Frage zu unterbrechen, hörte sie ihm in wonnenvollem Entzücken zu, begann sie doch zu ahnen, daß auch er sie die ganze Zeit über geliebt hatte, und er gestand ihr damit, daß er sie beständig im Herzen getragen.

Aber mein Gott, warum hatte er sie dann so zurückgestoßen und ihr so viel Kummer bereitet? Wozu hatte er versprochen, ihr dies Geheimnis aufzuklären, entzog sich aber stets der Erfüllung dieses Versprechens mit einem ihr ganz unverständlichen Vorschlag.

Eines schönen Tages ging das Brautpaar in Gesellschaft der Großmutter nach Reimbo, um das Hochzeitskleid zu kaufen. Unter den schönen Kleidern, die Gaud aus der Zeit ihres Reichthums hatte, waren wohl welche, die sie für diese Gelegenheiten hätte herbeibringen können, um eine Ausgabe zu vermeiden. Da ihr aber Pann das Brautkleid schenken wollte, hatte sie sich

Nun, wir könnten es auch so haben, wie unsere Väter. Man muß nur wollen. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Und der Weg geht durch die Erziehungsschule. Einen andern gibt es nicht. Denn Wilhelm von Humboldt sagt: „Was man ins Leben einführen will, muß man zuerst in die Schule einführen.“

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre

Die Verteidigung hat ihr Amt niedergelegt

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat Vanderweide dem ihm nachstehenden „People“ seine bevorstehende Rückkehr aus Moskau mitgeteilt. Banderbede hat gemeinsam mit den deutschen unabhängigen Sozialisten Dr. Rosenfeld und Dr. Liebknecht die Verteidigung der Sozialrevolutionäre im Moskauer Prozeß niedergelegt. In der Verhandlung am Mittwoch gaben die Verteidiger eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie ihre Mandate niederlegen, da das Gericht keine Aufnahme ihrer Reden durch zuverlässige stenographische Geräte und das Gericht die Absicht ausgesprochen habe, die fernere Zulassung der ausländischen Verteidiger nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten. Die Vertreter der Anklage, Krynlenko und Tunaissarski, erklärten, daß die in Berlin zwischen Madel und den Vertretern der Amsterdamer und Wiener Internationalen getroffene Abmachung für das Gericht in Moskau nicht verbindlich sei. Buchaev in der ebenfalls bei der Sitzung der Internationalen anwesend war in welcher der ausländischen Verteidiger volle Freiheit versprochen worden war, erklärte, daß das Berliner Abkommen überhaupt hinfällig sei. Die öffentliche Meinung in Moskau wird gegen die ausländischen Verteidiger hinfällig erregt.

London, 19. Juni. Nach einer Neukonferenz hat die Konferenz der Internationalen einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Methode der Sozialregierung gegenüber der Sozialrevolutionären und gegen die Art und Weise protestiert wird, in der der Prozeß gegen diese geführt wird. Sämtliche Arbeiterorganisationen werden dringend aufgefordert, gegen jedes Todesurteil zu protestieren. — In der Nachmittags-Sitzung der Konferenz führte der deutsche Vertreter in Erwiderung auf die oft aufgeworfene Frage, ob Deutschland eine Demokratie oder eine Republik sei, aus, die Demokratie sei in dem bestetzten Deutschland vollkommen aufrecht erhalten worden, als in irgend einem der Siegerstaaten. Er erklärte, eine neue Krise könne in jedem Augenblick infolge der Reparationsfrage ausbrechen. Obwohl die Arbeitslosigkeit gering sei und das Volk in Deutschland auf die Befreiung der notwendigen Lebensbedürfnisse suche, habe doch das Elend einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden dürfe. Die Reparationsfragen drücken die deutschen Arbeiter tatsächlich zu der Stellung von Sklaven hinab. — Der französische Delegierte Bonnet sagte, die Politik Frankreichs dürfe nicht imperialistischen oder militaristischen Tendenzen ausgeliefert werden. Es sei anzuerkennen, daß die Reparationen nicht dadurch geregelt werden könnten, daß man Deutschland vernichte, aber es müsse auch die finanzielle Lage Frankreichs in Betracht gezogen werden.

Neuregelung der Bergarbeiterlöhne

Der vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Lohnverhältnisse im Ruhrbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuß fällt am Freitag folgenden Schlußbescheid:

1. Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaus werden um durchschnittlich 35 M je Schicht erhöht, und zwar am 25. M ab 16. Juni und um 10 M ab 1. Juli 1922.

2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gehilfeloohn durch die Bergarbeitergemeinschaft nach Maßgabe der Lohnstufen zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechende niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.

Die Deckung der erforderlichen Lohnerhöhung kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses aus dem Einnahmen, welche die Werke auf Grund der geltenden Kohlenpreise erzielen, nicht aufgebracht werden. Da aus außenpolitischen Gründen gleichfalls in einem Abbau der Kohlensteuer die Deckung zurzeit nicht gefunden werden kann, ist der Schlichtungsausschuß der Auffassung, daß als einziges Mittel lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage kommt. Diese schwere Belastung des Wirtschaftens betrafet man jedoch nur dann als erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit finden, im Sinne des zwischen dem Regentenbunde und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Nebenabkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitsförderlich bedenkfreien und wirtschaftlich ergiebigen Form herbeizuführen.

auch nicht dagegen geteilt: gab er ihr ein Kleid, das er mit seinem sauer verdienten Geld bezahlte, so kam es ihr vor, als wenn sie dies Geschenk schon ein wenig zu seinem Weib machte.

Da Gauds Trauerjahr noch nicht zu Ende war, mußte zwar Schwarz gewährt werden; Pann fand aber nichts schön und gut genug von den vorgelegten Stoffen. Früher hätte ihn sein Weib nach Poinpol in einen Laden gebracht, jetzt aber tat er beinahe ein wenig hochmütig den Kaufstufen gegenüber. Er wollte das Allerhöchste für sein Weib und bedachte sogar mit ihr, welchen Schnitt das Kleid haben sollte; auch sollte man es mit breiten Samstriefen besetzen, damit es noch schöner würde.

Eines Abends, als das Paar wieder im Schutz der Klappen auf seiner Steinbank saß, blieben ihre Augen auf einem Dornstrauch hängen, dem einzigen, der am Wegesrand zwischen den Felsen wuchs. Am Halbtag glaubten sie keine weiße Punkte auf dem Busch wahrzunehmen.

„Man könnte meinen, daß er blüht,“ sagte Pann, und beide erhoben sich, um nachzugehen.

Der Busch blühte in der Tat. Da man nicht genug sah, nahden die Finger sich der Sache vergewissern, und sie fanden den Strauch mit kleinen weißen Blüten bedeckt, die vom Nebel feucht waren. Dies brachte ihnen das Rauchen des Frühlings zu Bewußtsein und nun merkten sie auch, daß der Tag schon zugunommen hatte, die Luft war lind geworden und der Abend Himmel heller.

Wunderbar aber, wie der einzelne Busch der Zeit doran war! Niemand umher war ferngeblieben — er hatte nur zur Freude des Pannes sich so früh herausgemacht, ihnen zu Ehren sein Festkleid angelegt!

„Wüßte er für uns, so wollen wir uns einen Strauch pflanzen,“ sagte Pann, und kostend brach er ein Zweiglein nach dem anderen, schnitt mit seinem großen Fischmesser, das er im Gürtel trug, vorzüglich die Dornen ab und steckte Gaud den Strauch an die Brust.

„Da steht nun! ganz wie eine Braut!“ sagte er bewundernd und trat einen Schritt zurück, um zu sehen — so viel man noch sehen konnte — ob ihr der Strauch gut stehe.

Unten an den Klappen hingen die Wellen des ruhigen Meeres so regelmäßig auf die Steinbänke auf, als ob jemand

Gemeindepolitik

Gegen die Sabotage des Reichsmietengesetzes

In Dresden fand am 10. und 11. Juni eine Versammlung des Gesamtverbandes des Bundes deutscher Mietervereine statt, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

1. Er stellt mit großem Bedauern fest, daß das vom Reichstag beschlossene Reichsmietengesetz — nicht nur durch den Sabotage und seine Freunde — sondern auch von den Gemeinden, in Sonderheit von den Wohnungsämtern, wie die Mißbraucherverhältnisse des Verbandes Deutscher Wohnungsbauer beweisen, geradezu sabotiert wird. Gegenüber diesem in der deutschen Verwaltungsgeschichte unerreichten Vorgehen erhebt der Bund auf schärfste Einspruch und richtet an die Reichsregierung, die Landesregierungen und die Stadtparlamente die dringende Forderung, die fangemäße Durchführung des Gesetzes zu erzwingen. Wie die Erfahrungen bei der Einführung des Reichsmietengesetzes beweisen, ist die Befestigung eines mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Reichswohnungsamts zur Überwachung von Ausführungen von Mietgesetzen ein dringendes Bedürfnis. Der Bund fordert deshalb von neuem die alsbaldige Bestellung eines solchen Reichswohnungsamts.

2. Mit Bedauern muß der Bund weiter feststellen, daß einzelne Regierungen gewerkschaftliche Mäxime, insbesondere Münchener, von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausnehmen wollen. Der Bund muß im Gegenzug erneut Forderung einlegen, daß der Aufschlag auf Gemeinräume zugunsten der Erhöhung der Hausrente des Vermieters bewilligt wird. Die Mietervereine können hier jede Verantwortung ab. Die Verantwortung mögen die Handels- und Gewerbestände übernehmen, die sich sonst gegen jede neue Steuer auf ihre Mitglieder zugunsten der Allgemeinheit wehren, wir wollen abwarten, ob sie es wagen werden, ihre Mitglieder zugunsten ungeschützter Gewinne von Privatleuten mit einer Sondersteuer zu belasten.

3. Zu dem neuen Mieterschutzgesetz, dessen umgehende Verabschiedung gefordert wird, wird der Bund noch ausdrücklich Stellung nehmen. Für die jetzt notwendige Verlängerung des alten Mieterschutzgesetzes erhebt er vor allem die dringende Forderung nach der Einführung eines Höchstmietenlimits für die Einkommensämter. Neben dem Mieterschutz fordert der Bund erneut Schutz für andere Raumnutzer, insbesondere für Pächter, Inhaber von Dienstwohnungen usw.

4. Gegenüber den Bemühungen der Gegner, die Mieterbewegung als in der Richtung eines bestimmten Parteiprogramms gehend zu beschreiben, stellt der Bundesvorstand fest, daß der Bund Deutscher Mietervereine nach wie vor unbeeinträchtigt seiner parteipolitischen Neutralität festhält. Die Lösung der Wohnungsfrage ist keine Sache der Weltanschauung; sie kann nicht gefunden werden in den Grenzen eines einzelnen Parteiprogramms, sondern muß erreicht werden durch die Zusammenarbeit aller Volksschichten, ungeachtet des persönlichen politischen Bekenntnisses des Einzelnen.

Aus der Partei

Abchied des Ministers Gen. Dr. Engler von Freiburg

— Freiburg, 18. Juni. Zu einer schlichten Abschiedsfeier für den definitiv von Freiburg scheidenden Arbeitsminister Dr. Engler hatten sich am Samstagabend im Vereinslokal zahlreiche Parteimitglieder, Gewerkschaftsmitglieder mit persönlichen Freunden Dr. Englers zusammengefunden. Nach einer Begrüßungsansprache des Parteivorstehenden R. Waher würdigte Schlichter G. u. m. b. die Verdienste Englers auf den verschiedenen Gebieten, Professor Dr. D. S. u. l. g. u. a. r. v. e. r. n. i. t. h. der für die engere Verbindung zwischen Arbeiterschaft und den Vertretern der Wissenschaft sprach, sprach die Ansicht aus, daß es das deutsche Volk Männern vom Schlage Englers zu verdanken habe, wenn es nicht in das bolschewistische Chaos herabgesunken sei. Leitungsleiter Vogel hob auf das erspriehliche, gemeinnützige Wirken Dr. Englers im gesellschaftlichen Bewußtsein ab, wozu er dem Scheidenden den Dank der Bauvereine und der Wohnreformer überbrachte. Weiter sprachen dann der Vorsitzende der Freiburger Zimmergewerkschaft, F. r. i. t. s. c. h. l. e. r., ferner Herr Reich im Namen der Parteivorstände Haslach und der frühere Redakteur des „Volkswacht“, W. g. W. e. i. l. m. a. n. n. Sämtliche Redner widmeten ihm sprechende Worte, vielfach wurden auch die grundlosen Anfeindungen behauptet, die Gen. Engler in den letzten Jahren über sich ergehen lassen mußte. Der Verehrer sprach über in einem Rückblick auf seinen Freiburger Aufenthalt, der im Jahre 1890 begann, die ersten Vorgänge im Gewerkschaftswesen, der Partei- und Kommunalpolitik, dazu flocht er persönliche Er-

in Schlaf ruhig eintrat; es schien gleichgültig gegen die Redensart zu sein, ob er ihr gut gefiel.

Die Tage schienen ihnen lang in Erwartung des Abends, und wenn sie sich mit dem Godesgraben nach trennten, so waren sie unglücklich darüber, daß es schon so spät war.

Man mußte sich sehr eilen, um die Bapstere zusammen zu bekommen, wollte man nicht die erste Veranstaltung auf die ungewisse Zukunft verfallen lassen. Sie waren verabschiedet von anderen Brautpaaren; ihre Abschiedsfeier war so kurz, unter so seltsamen Umständen; und spielte sich an so düsterem Ort ab, daß sie auch erstarrt waren wie andere, die nicht dem Hängen jeder Stunde abhängen und in eine etwas feierliche Umarmung hineingetrieben werden.

Man hatte ihr immer noch nicht gesagt, was er die zwei Jahre über gegen sie gesagt, und wenn er am Abend fort war, so quälte es Gaud, daß er sie im Innern ließ. Daß er sie aber sehr lieb hatte, dessen war sie sicher.

Man hatte sie so immer geliebt, aber nicht so wie jetzt: die Liebe nahm in seinem Herzen zu, sie die eine Frau immer höher und höher, bis sie sein ganzes Weib erfüllte. Es war ihm bisher ganz fremd, daß man jemand so über alles lieben könnte!

Manchmal streifte er sich auf der Steinbank lang aus und legte den Kopf auf Gauds Arme, wie ein Kind, das gestreichelt und geküßt sein möchte; aus Anstand richtete er sich aber schnell wieder auf. Er hätte am liebsten zu ihren Füßen liegen und den Kopf an dem Saum ihres Kleides geküßt, verbunden mögen. Früher dem Brüderlichen Stuh, den er für gut, wenn er kam und wenn er fortging, wogte er nicht, sie zu küssen. Er verachtete ein ungeschicktes Einwas in ihr, ihre Seele, die im ruhigen reinen Klang ihrer Stimme, dem Ausdruck ihres Lächelns, aus dem haren Bild zu ihm sprach.

Und dabei war sie ein Weib von Fleisch und Blut, schön und begehrenswürdig wie keine andere! Zu denken, daß sie ihm bald angehören sollte — weit vollkommener, als je eine Geliebte von früher — ohne daß Gaud aufhörte sie selbst zu sein — dieser Gedanke mochte ihn bis ins Mark erschauern, und er vermochte sich einen solchen Wonnemoment gar nicht auszudenken. Der Gedanke aber seinen Gedanken Gaud, ja er fragte sich, ob es erlaubt sei, solch ein süßes Entzücken zu begehren...

(Fortsetzung folgt)

innerungen mit ein. Er habe sich, so führte er in den Schlussworten aus, falls er in seinem Amte als Arbeitsminister bleibe, zwei große Ziele gesetzt. Das eine sei die Verbesserung des badiischen Landes mit elektrischer Kraft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, das andere bestände darin, die Wohn- und Wohnungspolitik in gesunde, jeder Spekulation abwegige Bahnen zu lenken. — Die Feier wurde durch Vorträge des Landesvereins „Freundschaft“ verschönert. — Gen. Engler wollte bisher mit seiner Familie in Freiburg, da er in Karlsruhe noch keine Wohnung zugewiesen bekommen konnte.

Badische Politik

Die Zusammenziehung der Steuerzuschüsse

Die Abg. Mattes (Deutsche Volkspartei), Hüls (Dem.), Raiber (Landvolk) und Schmidt-Bretten (Deutschnational) haben folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. bei der Reichsregierung auf eine Änderung der Vorschriften der Reichsabgabenordnung, über die Bildung der Steuerzuschüsse (von den besonderen Zuschüssen abgesehen) nach Vorbild der früheren badischen Zuschüsse hinzuwirken, 2. bei dem Landesfinanzamt die Bildung eines besonderen, aus mit der Landwirtschaft vertrauten Leuten bestehenden Ausschusses für jeden Steuerbezirk zur Erledigung der Einsprüche von Landwirten gegen die Steuerzuschüsse zu erwirken.

Im Haushaltsauschuss gab es eine kurze, aber politisch bedeutsame Debatte. Ein Zentrumstreiter erklärte sich für die Wiedererrichtung des früheren Ertragsanteils; die Steuerzuschüsse hätten sich nicht bedingt. Dagegen wandten sich nun zwei energisch zwei sozialdem. Redner. Die Steuerzuschüsse hätten sich durchaus bedingt; man solle ihnen Zeit zur Einwirkung lassen. Zu prüfen wäre höchstens, ob die bezugsweise Entlastung nicht zu ändern wäre. Der 2. Punkt des Antrages sei ein Vorbild auf jede Steuerberechtigung; Arbeiter, Beamte und Angestellte müßten jeden Pfennig verdienen und für die Landwirtschaft wolle man besondere Steuerzuschüsse einsehen. Ein Landvolkstreiter bemerkte, so seien die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht, wie ein sozialdem. Redner dargestellt habe.

Bei der Abstimmung wurde der Absatz 1 mit allen gegen 0 Stimmen angenommen, der Absatz 2 mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die sozialdemokratische Einsprache war also bezüglich des Absatzes 2, der wichtiger als Absatz 1 ist, nicht umsonst gewesen.

Die Erlassung der Sachwerte

Als vor einigen Monaten diese Steuerfrage die Öffentlichkeit beschäftigte, stellten die Kommunisten den folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vertreter Baden im Reichstag zu veranlassen, unter Hinweis auf die verhängnisvollen Folgen des Steuerkompromisses für die Arbeiterklasse von der Reichsregierung die Verwirklichung der gem. Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere die Erlassung der Sachwerte zu fordern. Da inzwischen im Reichstag das Steuerkompromiß abgeschlossen wurde, ist jedoch auch die Erlassung der Sachwerte vorläufig aus. Der Haushaltsauschuss erklärte deshalb mit allen gegen die Stimme des unabhängigen Vertreters, der nachträglich den kommunistischen Antrag fast bestrich, diesen als erledigt. Die Sozialdemokratische Kommission, die sich wie von selber auf dem Standpunkt der Erlassung der Sachwerte, genau wie die Antragsteller, allein zur Zeit befände der Landtag keine Einwirkung auf den Reichstag nach dieser Richtung hin und deshalb müsse der kommunistisch-unabhängige Antrag für erledigt erklärt werden.

Besprechungen in Berlin. Die Reichsregierung hat die Vertreter der Länder nach Berlin berufen und über eingegangene Entwürfe der Beamten- und Angestelltenorganisationen betreffend weitere Erhöhung der Gehälter infolge der steigenden Teuerung zu beraten.

Landeskongress des Allg. freien Angestellten-Bundes Badens in Offenburg

Am Sonntag, den 11. Juni 1922, fand die Tagung der Ortsstellen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. Mehr als 35 Ortsstellen mit 46 Delegierten, die ca. 80 500 Mitglieder vertreten, waren erschienen.

Beratungstagung dazu war, zu einer Reihe wichtiger gemeinschaftlicher, sozial- und wirtschafts-politischer Tagesfragen Stellung zu nehmen, sowie den Bericht des Geschäftsleiters der Landesgeschäftsstelle über das verfloffene Geschäftsjahr zu hören. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die im vorigen Jahre gegründete Allg. Landeszentrale zunächst unter äußerst schwierigen Verhältnissen mit 5 Ortsstellen im Lande gerufen, heute jedoch mehr als 35 Ortsstellen umfaßt. Die Arbeit der Landesgeschäftsstelle waren im Berichtsjahr außerordentlich umfangreich, aber durch die engere Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle des A.D.G.B. von gutem Erfolg begleitet.

In der anschließenden Aussprache wurde aus allen Teilen des Landes, insbesondere Westpreußen darüber geführt, daß in den vorliegenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzentwürfen immer mehr die reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeberverbände und Handelstammern ihren Niederschlag finden, was sich auch bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden in den Schlichtungsinstanzen, Verbänden usw. bemerkbar macht. Einigkeit wurde allgemein festgestellt, daß durch die Verlegung der Schmerzpunkt der Arbeitgeberverbände auf die Schultern einzelner von diesen abhängigen Angestellten (Sonderzüge), zur Sicherung ihrer eigenen Existenz nicht zu dem wirtschaftlichen und sozialen Frieden beitragen, sondern daß dabei nur wenigen reaktionären Arbeitgeber und Verbänden eine wesentliche Stütze erfahren, die noch weiter durch die Stellungnahme der reaktionären christlichen, nationalen, geistlichen und sozialistischen Organisationen wesentlich unterstützt werden.

Der durch die Sachungskommission vorgelegte Entwurf fand einstimmige Annahme. Hiernach führt der Bezirksvorstand, vertreten durch den 1. Vorsitzenden, mit dem. St. in Karlsruhe, mit Unterstützung eines Ausschusses aus Vertretern aller Landesstellen und angeschlossenen Organisationen die Geschäftsstelle.

Als 1. Vorsitzender und Geschäftsleiter wurde Kollege Müller, Geschäftsleiter des Zentralverbands, W. d. Bad. Landtages, gewählt.

Die Anregungen und Feststellungen, die aus den Berichten und der Diskussion der Delegierten hervorgegangen waren, wurden in folgende Entschlüsse zusammengefaßt:

Entschlüsse zum Gegenwurf der Arbeitsgerichte:

Die am 11. Juni in Offenburg tagende Landes-Kongress des Allgemeinen freien Angestelltenbundes hat zu dem vom Reichsministerium beruflichlichen Referentenentwurf über ein Gesetz betreffend die Arbeitsgerichte Stellung genommen. Die Kongress erhebt schärfsten Einspruch gegen die beschlossene Eingliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen, die eine soziale Rechtspflege auf das schärfste gefährden würde.

Die Landeskongress fordert den Ausbau der bestehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichte zu allgemeinen Arbeitsgerichten, deren Rosten vom Reich, Land und den Gemeinden zu tragen sind. Den Arbeitsgerichten ist, wie beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht-Gesetz, die Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten zu übertragen, wodurch die im Gegenwurf vorgezeichnete förmliche Verwaltung ganz wesentlich vereinfacht werden kann.

Die Konferenz erachtet in dem vorliegenden Entwurf die größte Gefahr für die Angestelltenklasse; sie lehnt deshalb den Referentenentwurf entschieden ab und ist bereit, dem drohenden Anschlag notwendigen Falls mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

Entschlüsse betreffend Krankenlastenangelegenheiten:

Die am 11. Juni 1922 in Offenburg stattgefundene Landesversammlung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, kurz A.F.A., hat Kenntnis genommen von dem Beschlusse des deutschen Reichstages vom 7. April 1922, nach welchem er die unter die Dienstwohnung fallenden Krankenlastenangelegenheiten nicht als „Beamte“ ansieht. Die Versammlung erachtet deshalb auch von den Regierungen der Länder und den Volksovereinen die Kesperierung dieses Reichstagsbeschlusses.

Sie spricht ferner den Krankenlastenangelegten ihre volle Anerkennung aus für den schweren Kampf, den sie führen mühen, um nicht um Früchte der Revolution, nämlich die Verordnung über Lastberträge vom 23. Dezember 1918 und das Betriebsrätegesetz zu kommen, und sie ist gewillt, die Krankenlastenangelegten in jeder Beziehung zu unterstützen, wenn trotz des Reichstagsbeschlusses vom 7. April 1922 weiterhin versucht werden sollte, sie zu „Beamte“ zu stampfen oder zu solchen zu machen.

Entschlüsse zum Arbeitszeitgesetz:

Die Landeskonferenz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes nahm in ihrer Sitzung vom 11. Juni 1922 in Offenburg folgende Entschlüsse zu Gunsten des gezeichneten Art. 1 u. 2 an:

Gegenüber den Bestimmungen, den gesetzlichen Arbeitsstunden und die Arbeitszeit der Arbeiter-Angestellten und Beamten wieder zu verlängern, erklärt die heutige Tagung einstimmig, daß die der A.F.A. angeschlossenen Gewerkschaften jedem hierauf gerichteten Versuch den einschläglichen Widerspruch entgegenzusetzen werden. Der Arbeitszeitgesetz ist eine durch Vereinbarung mit den Unternehmensorganisationen erzielte, durch die Gesetzgebung nicht durch die internationale Arbeiter-Kongress in Washington anerkannte Erzeugnis, die sich die Angestellten nicht wieder nehmen lassen werden.

Die freien Angestellten-Gewerkschaften sind der Überzeugung, daß der Arbeitszeitgesetz in allen Wirtschaftszweigen durchgeführt werden kann und daß bei der dazugehörigen maximalen Arbeitszeit keineswegs alle Produktionsmöglichkeiten überall voll ausgenutzt sind, insbesondere sind technische Vervollkommnungen der Betriebe und Arbeitsmethoden noch in weitaus meisten Fällen möglich.

Wie dieser Tagung war der Grundstein für die fortschreitende Zusammenziehung der dem freien Angestelltenbund angeschlossenen Verbände in Baden gegeben, dem folgende Organisationen angehören:

All. Verband der Deutschen Bankangestellten; Bund der techn. Angest. und Beamten; Deutscher Fördervereinsverband; Deutscher Polizeiverband; Deutscher Werksmeister-Verband; Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger; Internationale Christen-Lige; Verband der Kaufleute, Kaufmänninnen und Direktoren; Verband deutscher Kapitane und Steuerleute der Hochseefischerei; Verband deutscher Schiffingenieur- und Seemannschaften; Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellten; Werksmeisterverband der Schiffsbauindustrie; Zentralverband der Angestellten.

Er hat die Richtlinien aufgestellt für die organisatorische Zusammenarbeit der Kopf- und Handarbeiter und wird die Allg. Landesgeschäftsstelle mit der Landesgeschäftsstelle des A. D. G. B. auch in Baden unternimmt ein Gild bilden, um die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Industrie, des Handels und des Verkehrs in gemeinsamer Front in immer machtvoller Weise durchzuführen.

Kleine badische Chronik

* **Malsch, 16. Juni.** Die hiesigen Kuhhalter haben beschloffen, den Milchpreis auf 7.50 Mark den Liter zu erhöhen.

* **Niedersheim, 19. Juni.** Bei der gestern durch den Turnier-Club Baden-Baden vorgenommenen Vaterländischen Prüfung wurde in der Abteilung „Schußsport-Wärmel“-Gewichte dem dunkelbraunen Bengel „Eden“ der Justifikation Viebolshelm der erste Preis und Ehrenpreis zuerkannt.

* **Oberfeld, 17. Juni.** Diebstahl. Einem Kirchenhändler wurde in Weienbach eine Viehstube mit 145 000 M. Inhalt gestohlen, als er gerade mit dem Berpaden beschäftigt war. Er hatte seine Rade mit der Viehstube auf die Seite gelegt, der Dieb konnte in Gegenstand festgenommen und ihm der gesamte Betrag abgenommen werden.

* **Heidelberg, 19. Juni.** Diebstahl einer Reichsbahn. In der Nacht zum Sonntag wurde von dem Marktgebäude die aus Anlaß der Krauer um Oberfelden auf Holznast gehetzte Reichsbahn gestohlen. — Verhaftet beim Pantieren mit Schießwaffen. Ein Arbeiter aus Weiblingen brachte seiner Ehefrau beim Einladen eines Revolvers einen Schuß in Unterarm und Brust bei.

* **Jamendingen, 14. Juni.** Tödlicher Unfall. In der hiesigen Maschinenfabrik ist der Schloßerlehrling Hans Zimmermann so schwer verunglückt, daß er im Krankenhaus zu Tode kam, wobei er mit dem Automobil vercracht worden war, vercracht. Der Unfallschuldige war von der Transmissionskraft worden und hatte sich neben Arm- und Beinbrüchen schwere innere Verletzungen zugezogen.

* **Müllheim, 19. Juni.** Bei der Reinigung eines Winfels zwischen seinem Wohnhause und dem Oekonomengebäude seines Nachbarn Adolf Leisinger fand der Schloßermeister Hermann Kupprecht unter dem Estrich eine Schußwaffe und Leberreste von Menschenmochen vor, da der Winfel schon seit Jahren nicht mehr gereinigt worden war, dürfte es sich hier um ein Verbrechen handeln, das schon nahezu 40 Jahre zurückliegt.

* **Müllheim, 19. Juni.** Am vergangenen Sonntag wurde der benachbarte Ort Wälsheim in durch einen schweren Wolkenbruch empfindlich heimgesucht. Im die Wälsheimstunde gestaltete sich der schon den ganzen Abend niederregende Regen zu einem Wolkenbruch aus, der unter mächtigen Gelfe ungeheure Wassermassen auf die ganze Umgebung warf. Die Straßen und Keller wurden dadurch unter Wasser gesetzt, Gartenläune ungerichtet und auf den Fluren und in den Weinbergen schwere Schäden angerichtet. Später ergossen sich die Wasser von Wälsheim nach Müllheim, wo ebenfalls ansehnlicher Schaden angerichtet wurde.

* **Walsdorf, 19. Juni.** Durch die Unstetigkeit des diensttuenden Bahndienstbeamten konnte gestern im Zuge, ein ca. 30 Jahre alter Arbeiter aus Walsdorf ermittelt und verhaftet werden. Er hatte einen neben ihm stehenden Fräulein die Handtasche gestohlen und daraus einen Geldbeutel mit 150 M. entwendet.

* **Suttenhausen, 19. Juni.** Während des schweren Gewitters am Freitag im Wälsheimstunde wurden drei auf dem Felde beschäftigte Personen vom Blitz getötet. Gutspäher Ludwig Rayer jr. und die beiden Anesche Georg Rheim aus

Wälsdorf und Eugen Köhler aus Müllingen. Zwei weitere Anesche kamen mit dem Schrecken davon.

* **Konstanz, 17. Juni.** Ein Wälsing. Der verheiratete Maler Burk löste ein fünfjähriges Kind an sich und nahm es mit gegen den Vorkonwald. Beim Gymnasium wurde er mit dem Mädchen erwischt, als er unzüchtige Handlungen mit ihm vornahm. Er wurde verhaftet.

* **Konstanz, 17. Juni.** Popfabrikneider. Vor einigen Wochen wurden aus dem „Abel“ einem 14jährigen Mädchen von einem Popfabrikneider die Hölle abgeschnitten. Am vergangenen Mittwoch ereignete sich im Jakobswald das gleiche an einem 17jährigen Mädchen. Der Täter, den man in beiden Fällen als denselben vermutet, verschwand so rasch, daß die Verurtheilten nicht einmal angeben können, wie er aussieht.

* **Neberlingen, 14. Juni.** Gesunken. Ein an der Landungsstelle bei Sippingen liegendes Boot mit 10 000 Mark wertigen bei starkem Seegang während eines Gewitters mit seiner wertvollen Ladung gesunken. Schiff und Ladung gehören der Hegelei Rodmann.

* **Birkheim a. N., 19. Juni.** Am Samstag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurden bei einem schweren Gewitter der Landwirt Franz Tropus und seine Frau, sowie deren Mutter, die unter einem Nirsbaum Schutz gesucht hatten, von einem Blitz erschlagen.

* **Krausheim, Bez. Forstberg, 17. Juni.** Bei der Gengzabverfeigerung der der badischen Domäne gehörenden auf Heilige Gemarkung liegenden Wiesen betrug der Gesamtanfall rund 128 000 M., gelöst wurden über 500 000 M. Der Morgen wurde bis zu 9200 M. ersteigert. Der Rentner Heu kommt, die Arbeitslojen nicht gerechnet, auf bis 300 M.

* **Weinheim, 16. Juni.** Bei Renovierungsarbeiten im hiesigen Rathaus wurde ein altes Wandgemälde, das eine Türverzierung mit Stadtwappen darstellt, aufgedeckt. Dieser Wandfresko stammt aus dem 16. Jahrhundert.

Badischer Philosophenverein. Der Badische Philosophenverein hielt dieser Tage seine Landesversammlung unter dem Vorsitz des 1. Vorstandes Prof. Dr. Schindler ab zur Besprechung von Schul-, Erziehungs- und Standesfragen. Gleichzeitig lagte die Praktikantenvereinigung unter dem Vorsitz von Dr. Bender-Karlsruhe. Die Verhandlungen ergaben ein einflussvolles Bild der Notlage der Lehramtspraktikanten. Zum Vorsitzenden wurde Lehramtspraktikant Caselmann-Karlsruhe gewählt. Den Beratungen des Badischen Philosophenvereins wohnte auch Unterrichtsminister Staatspräsident Hummel bei. Auch die Notlage der deutschen Auslandsschulen wurde besprochen und durchgreifende Unterstützung gefordert.

Wahnsinnige Preise in Borsdorf. Aus Borsdorf wird gemeldet: Das Fund, Kinderschiff kostet 2000 Kronen! Dabei gibt es sich mehr als 12. Preisversteigerung wurden die Viehauflauf der Wiener Viehhändler. Ein Liter Milch kostet 310 Kronen, ein Ei 130 Kronen. — Ein Kilo Feingold gilt 64 Mill. Kronen, ein Kilo Feinsilber 212 000 Kronen, ein 10-Kronenstück (Gold) 19 200 Kronen, eine Silberkrone 850 Kronen, ein Gulden 2880 Kronen. Bei Goldschlägen wird eine Goldkrone gar mit 2400 Papierkrone gewandelt.

Bruchjaler Schloßfeier

Letzten Sonntag hatte Bruchsal einen großen Tag. Die liebliche und ruhige Architekturstadt feierte den 200. Gedenktag der Grundsteinlegung des für die Entwicklung der Stadt so wichtigen Schlosses in Verbindung mit der Hauptversammlung des Landesvereins „Badische Heimat“.

Wer das heutige Bruchsal durchstreift, vermutet in ihm nicht eine der ältesten Ansiedlungen des Landes, die urkundlich schon 937 auftritt, aber zweifellos viel älter ist. Von 1036, da Kaiser Heinrich III. den Hof samt dem ganzen Gebiet dem Bischof von Speyer schenkte, bis 1803, als das rechtsrheinische Gebiet des Bistums Speyer an das neue Großherzogtum Baden fiel, vollzogen sich Bruchsal's wechselvolle Schicksale unter dem Strammstab von Speyer. Viel Krieg und Unruhe, Blut und Brandstiftung, schließlich fast völlige Zerstörung waren das unerbittliche Los der Stadt bis der Fürstbischof Damian Hugo von Schönborn (1719-43), des ewigen Haders mit dem eiferig auf seine Reichsfreiheit pochenden Speyer müde, seine Residenz hierher verlegte und seit 1722 nicht nur ein prächtiges Schloß, die Damiansburg, erbaute, sondern eine ganz neue Stadt schuf, die in ausgezeichneter Weise den Charakter seiner Epoche trägt, den der Barockstadt.

Unter dem Gesichtswinkel des Barocks und seiner künstlerischen Fortsetzung des Rokoko, will das heutige Bruchsal in erster Linie historisch begriffen werden und so gesehen, nimmt es nicht nur allein seines unergleichen Schlosses, das man ob seiner Innendekoration mit Recht eine „Perle des Rokoko“ genannt hat, eine hervorragende Stelle im Kranz der durch historisch-künstlerische Architektur bemerkenswerten Städte Süddeutschlands ein.

Die vielen Menschen, die am Sonntag Bruchsal besuchten und in erster Linie die Schlossbauten besichtigten, dürften sich freuen an dem erfreuen, was die genialen Baumeister jener Zeit der Nachwelt hinterließen.

Zur Feier des Tages hat das Komitee ein großzügiges Programm aufgestellt. Am Vorabend fand im „Bürgerhof“ ein Festbankett statt unter Mitwirkung der Stadtkapelle und von 5 Gesangsvereinen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe „Badische Heimat“, Herr Konditormeister Schmieber, hielt die Begrüßungsansprache. Außerdem sprachen noch die Herren Prof. Dr. Fischer-Freiburg als Vorsitzender des Landesvereins „Badische Heimat“ sowie Oberbürgermeister Dr. Weisler. Mit dem Bankett war eine Sitzung verbunden, die die Erhaltung des Schlosses beriedelten Männer der Stadt, als die in erster Linie die Herren Ministerialrat Dr. Hirsch-Karlsruhe, Geh. Rat Dr. Wille-Heidelberg, Dr. Holt-Karlsruhe, sowie Stadtpfarrer Weisler anzusprechen sind. Unter dem Vorsitzsprachen war eine solche eines Nachkommens der Familie v. Schönborn, des Grafen v. Schönborn-Wiesentheid bemerkenswert. Am Sonntag war Festgottesdienst in der Stadtkirche mit Deckung der Krone und Kranzüberlegung. Vorentworf 11 Uhr fand in den Räumlichkeiten des Schlosses der eigenartige Festakt unter Mitwirkung eines gemischten Chors unter Leitung von Musikdirektor Gunkler. Die Festrede hielt Herr Oberbürgermeister Dr. Weisler, der dem zum Ehrenbürger der Stadt ernannten Ministerialrat Dr. Hirsch, dem Renovator des Schlosses, die Ehrenurkunde überreichte. Dem schloß sich der Festakt im Ehrenhof des Schlosses an, an dem sich die Vereine mit Bannern und die Stadtkapelle beteiligten. Hier hielt Herr Prof. Dr. Müller die von zwei Rednerinnen umrahmte Festrede.

Nachmittags zwischen 3-5 Uhr zog der auf diesen Tag beriefte Sommerkutschzug durch die Stadt, der ganz Bruchsal auf die Reine brachte. Der Zug war sehr gut disponiert und bot mit etwa 60 Gruppen und mehreren Musikkapellen ein farbenprächtiges lebendiges Bild. Der Zug war feinsinnig dem Charakter des Festes angepaßt; er darf als Muster dienen, wie ein Festzug sein soll. Insbesondere erregten die vielen historischen Gruppen mit filigranen Kostümen, sowie das Kommandeur- und Pfeiferkorps allgemeines Interesse. Der Zug löste sich im Schloßhof auf. Für den Abend war ein historisches Kammerkonzert im Fürstensaal des Schlosses vorgesehen, auf das wir noch besonders zu sprechen kommen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. Juni

Geschichtskalender

30. Juni, 1780 Wallhaus-Schwere in Paris. — 1808 Jakob ...

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Wählerauskunftskartell. Morgen Mittwoch 1/2 ...

Die neuen Postgebühren

Aus schneiden und aufbewahren! Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Juli 1922 ab im ...

für Postkarten im Ortsverkehr 75 J. im Fernverkehr 1.50 M. ...

für Drucksachen: bis 20 Gramm 50 J., über 20 bis 50 ...

für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ...

für Briefmarken: bis 250 Gramm 3 M., über 250 bis ...

für Pakete: bis 5 Kilogramm Rahmone 7 M., Fernzone 14 M. ...

für Wertsendungen die Gebühr für eine gleichartige ...

für Postanweisungen: bis 100 M. 3 M., über 100 bis ...

Die Einschreibgebühr ist auf 2 M. festgesetzt. Für die ...

für Pakete: bis 100 M. einsehl. 75 J., über 100 bis 500 M. ...

natielich riesig beiläufig — nichts zu tun. Und die gedulden ...

Volksbühnen können länger im Vorzimmer sitzen — als das ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Vorauszahlungen mit Postgeld 1 vom Laufend des Scheffels ...

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen ...

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Juli 1922 ab: für ...

Die Einschreibgebühr, Nachschreibgebühr, Nebengebühr ...

Schr. Jahrmärkte des evang. Vereins der Weststadt. Ein ...

Ein sehr hübsches, ungezogenes Treiben herrschte am 17. 18. ...

Die Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

hiesigen Landestheater hier rühmlichst bekannte Opernsängerin ...

Die Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Das Karlsruher Orchester hatte schon bei uns an und ...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Karlsruher Konzertleben

Die musikalischen Abendfeiern dürfen sich nun nach der ...

Ein anderes Kapitel ist das Landestheater und unsere ...

Lehre Nachrichten

Uebergabe in Oberschlesien

Berlin, 19. Juni. Gemäß dem Räumungsabkommen ...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Heutegebote. Wilhelm Krieg von Rastatt, Am. hier, ...

Verbandsangelegenheiten

Karlsruhe. (Mikelen-Gesellschaft.) Neben Dienstag u. ...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Heutegebote. Wilhelm Krieg von Rastatt, Am. hier, ...

